

7.5.2020 - [Pressemitteilungen](#) [Redaktionsmeldungen](#)

Frankfurter Erklärung der Fachverbände für Erziehungshilfen in Deutschland

Die Erziehungshilfefachverbände in Deutschland haben die Frankfurter Erklärung [„Das Grundrecht auf Wohnen für alle junge Menschen verwirklichen“](#) veröffentlicht. In der Erklärung wird darauf aufmerksam gemacht, dass gerade in Zeiten der Corona-Pandemie wohnungslose junge Menschen verstärkt Gefährdungen und Notlagen ausgesetzt sind. Aktuell gehe es darum, wohnungslose junge Menschen bei den gegenwärtigen Kriseninterventionen in den Blick zu rücken. Neben den längerfristig notwendigen **Veränderungen in den Unterstützungsangeboten** sollten außerdem **Akuthilfen** organisiert werden.

Forderungen der Frankfurter Erklärung

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) schätzt die Zahl der „Straßenjugendlichen“ in Deutschland bis 26 Jahre auf rund 37.000, rund 6.500 davon sind minderjährig. Kinder, die mit ihrer Familie wohnungslos sind beziehungsweise von Wohnungslosigkeit akut bedroht sind, wurden dabei nicht erfasst.

Die Frankfurter Erklärung fordert deshalb einen **wohnungspolitischen Kurswechsel**, konzertiertes Handeln von Bund, Ländern und Gemeinden sowie ein Maßnahmenbündel, darunter folgende Punkte:

- Stärkung der gemeinwohlorientierten und öffentlichen Wohnungsbewirtschaftung
- Förderung des inklusiven Gemeinwesens
- Schutz vor Wohnungslosigkeit, steigenden Mieten und Verdrängung
- Sozial verträgliche Gestaltung von Bodenbewirtschaftung und Bauen
- Sicherung der Lebensqualität in strukturschwachen Gebieten